U.I.O.G.D.

Auf daß in Allem Gott verherrlicht werde!

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

ORA ET LABORA

Bete und Arbeite!

22. Jahrgang. No. 30 | Münster, Sask., Donnerstag, den 3. September 1925 | Fortlaufende No. 1122

Welt-Rundschau.

Schuldenregelung.

Seit der zwischen den Ver. Staaten und Belgien getroffenen Uebereinkunft betreffs Abtragung der Kriegsschulden des letzteren Landes hat man sich recht lebhaft mit Berechnungen darüber befaßt, wie Frankreich bei den Schuldenverhandlungen herauskommen möge, die nächsten Monat in Washington stattfinden sollen. Man hatte gehofft, ein Abkommen erzielen zu können, demzufolge 90 oder höchstens 100 Millionen Dollars jährlich zu zahlen sein würden, fürchtet aber nun, nach Durchsicht des mit Belgien getroffenen Abkommens, daß Amerika 125 oder gar 130 Millionen jährlich verlangen werde.

Man kommt zu diesem Resultat mit folgender Berechnung: Frankreichs Kriegsschuld an die Ver. Staaten stellt sich auf $2,933,000,000, wozu noch $800,000,000 fällige Zinsen kommen. Wenn nun auch diese Zinsen, wie bei Belgien, um zwei Drittel beschnitten werden, so verbleiben immer noch $3,200,000,000. Auf Basis einer Verzinsung von 3½ Prozent und einer Amortisierung von ½ Prozent für einen Zeitraum von 62 Jahren würde sich eine jährliche Verpflichtung von $128,000,000 ergeben. Dabei sind aber auch noch die Abzahlungen an England in Betracht zu ziehen, die man mit 10 bis 13 Millionen Pfund Sterling im Jahr berechnet.

Nach der jetzigen Währung würde dies für Frankreich eine jährliche Ausgabe von 3,700,000,000 Francs bedeuten, wozu noch 1,200,000,000 Francs jährlich zur Abtragung kommerzieller Schulden kommen, im ganzen also etwa fünf Milliarden Francs jährlich an das Ausland abzuführen sein würden. Französische Nationalökonomen halten dies für unmöglich, ohne Frankreich zu ruinieren, da dieser Betrag ungefähr der diesjährigen günstigen Handelsbilanz gleichkommt.

Der französische Finanzminister Caillaux, welcher seit dem 24. August in London weilte, ist am 27. August nach Paris zurückgereist, offenbar hocherfreut über die Bedingungen der vorläufigen Schuldenregelung, die er in seinen Besprechungen mit Winston Churchill erlangte. Diese Bedingungen fordern Amerika auf, Frankreich bei seiner Schuld an die Ver. Staaten eine milde Behandlung zu gewähren. Sie werden dem französischen Ministerrat vorgelegt, ihre Annahme gilt als sicher. Der britische Schatzkanzler Churchill und der französische Finanzminister Caillaux trafen eine vorläufige Vereinbarung, um die französische Schuld an England in 62 Jahreszahlungen von je 60,500,000 zu tilgen. Die gesamten Zahlungen wären somit $3,751,000,000, die ursprüngliche Schuld betrug 3,000,000,000. Das ganze Abkommen hängt aber davon ab, unter welchen Bedingungen die französische Schuld an die Ver. Staaten geregelt wird und ob die französische Regierung ihre Zustimmung gibt.

Churchill erklärte, daß die Briten den Handel nur durchführen, wenn die Ver. Staaten im Verhältnis zur Größe der beiden Anleihen nicht mehr bekommen als Großbritannien. Das Abkommen plant einen Aufschub bis 1930. Bis zu jener Zeit ist die französische Staatskasse von der Last befreit, der Bank von Frankreich bei Abtragung ihrer Schuld von 1,000,000,000 Francs an die Bank von England zu helfen. Die letzte Zahlung hierbei muß in fünf Jahren gemacht werden. Im Prinzip wurde vereinbart, die Erträgnisse des Dawes-Planes bei der Regelung der englisch französischen Schuld nicht zu berücksichtigen.

*

Beobachter sind der Ansicht, daß Entwicklungen in der Schuldenlage im Ausland die bevorstehenden Verhandlungen über Tilgung der Schulden von Frankreich und Italien ernstlich verwickeln werden. Beamte erwarten, daß Frankreich von den Ver. Staaten ähnliche Bedingungen fordern wird, wie sie Großbritannien erhielt. Frankreich wird jedoch gesagt, daß es den Ver. Staaten mehr schuldet als Großbritannien und daß die Jahreszahlungen größer sein müssen.

*

Laut einer Depesche an den Daily Telegraph verlangten die Ver. Staaten von Griechenland eine Tilgung seiner Schulden. Die griechische Regierung erkennt den amerikanischen Anspruch zwar an, wird aber erklären, daß sie gegenwärtig zu einer Zahlung außerstande ist.

Von Rhein und Ruhr.

Nachdem seit zwei Wochen das ganze Ruhrbecken von Franzosen und Belgiern frei ist, haben die Alliierten nunmehr auch die Räumung der sogenannten „Sanktionsstädte" Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in Angriff genommen. Mit Düsseldorf ist der Anfang gemacht worden. In aller Morgenfrühe begann der Auszug der Franzosen und dauerte bis in die Nacht hinein an. Die Stadt ist nunmehr so ziemlich frei von Fremdenherrschaft. Das Polizeihauptquartier und die verschiedenen Kasernen, in denen die Soldaten einquartiert waren, sind den städtischen Behörden wiederum zugestellt worden. Auch die zahlreichen Privathäuser, welche von den französischen Offizieren und ihren Familien bewohnt waren, sind wiederum frei und konnten ihren Eigentümern zurückgegeben werden. Es gab keine Störungen, keine Kundgebungen, keinen örtlichen Ausdruck des Bedauerns oder der Freude. Man sah aber viele zärtliche Abschiede zwischen jungen französischen Soldaten und ihren deutschen Liebchen. Vor der Stadt warteten 1500 Mitglieder der deutschen Sicherheitspolizei. Sie kamen zur Verrichtung von Polizeidienst herein. In dem großen Industriegebiet, das einst fast völlig von den Franzosen und Belgiern oder unter ihrer Aufsicht verwaltet wurde, sind jetzt nur noch die Mitglieder der Wasserwegskommission in Düsseldorf und Ruhrort sowie drei französische Soldaten, die zu krank sind, um aus dem Lazarett weggebracht zu werden.

Die alliierten Truppen zogen unter dem Spiel der Kapellen aus der Stadt. Sie versammelten sich vormittags vor dem Hauptquartier zur Besichtigung durch den kommandierenden General. Nach einem Salut für die Fahne, die unter den Klängen der Marseillaise herabgenommen wurde, begann der Abmarsch. Die Truppen marschierten über die Brücke nach Oberkassel in der belgischen Zone, um von dort mit der Bahn nach französischem Gebiet zu fahren.

Der „Sicherheitspakt" immer noch in Vorbereitung.

Der deutsche Auslandminister Stresemann erhielt am 24. August spät vom französischen Botschafter de Margerie die französische Antwort auf Deutschlands Sicherheitsvorschläge. Von den zahlreichen diplomatischen Schriftstücken, die in neuerer Jahren zwischen Deutschland und den Ententemächten gewechselt wurden, hat wohl keines so große Ungeduld erregt als diese Note.

Sie kam vom französischen Auslandminister Briand schließlich von Vertretern der Alliierten nach Berlin, nachdem sie eine Rundreise durch die europäischen Hauptstädte gemacht hat. Regierungsstellen verheimlichen nicht ihre Unzufriedenheit über die Art der Behandlung von Briands Note in den Ministerien von Europa, bevor sie der Berliner Regierung formell unterbreitet wurde.

Wie ein Beamter sagt, mußte dieses Verfahren in deutschen Regierungskreisen einen höchst peinlichen Eindruck machen. Es widerspricht nicht bloß der herkömmlichen Würde, sondern die französische Antwort wurde auch minder bedeutenden Alliierten von Frankreich vorgelegt, die mit den deutschen Vorschlägen nichts zu tun haben. Nach Annahme der Zeitungen wird die Note wahrscheinlich eine weitere Verschleppung verursachen, indem sie keinen greifbaren Ausgangspunkt für die geplanten Verhandlungen vorschlägt.

Die deutsche Regierung macht nach Eingang der französischen Note in einer Erklärung auf ihre wiederholte Versicherung aufmerksam, daß die Verwirklichung eines Sicherheitsvertrages unmöglich ist, solange die Frage einer Beteiligung Deutschlands an den kolonialen Mandaten ungeregelt bleibt.

Sie sagt auch, daß die Gebietsverhandlungen bisher im Geiste der Versöhnung geführt wurden. Die weitere Besetzung der Kölner Zone durch die Alliierten, die rechtswidrig ist, steht nicht im Einklang mit dieser Gesinnung. Deutschland, sagt die Mitteilung, hat alles getan, um die Entwaffnungsbedingungen der Alliierten zu erfüllen. Noch nie in der Geschichte wurde die Entwaffnung eines Volkes so gründlich durchgeführt.

Die Auslassungen der Presse über die französische Note sind höchst verschieden. Die gemäßigten und sozialistischen Blätter bezeichnen die Mitteilung als sehr versöhnlich. Sie halten dadurch mündliche Verhandlungen zwischen den Mächten für möglich. Dagegen erklären die Zeitungen der Rechtsparteien, daß keinerlei Fortschritt zum Abschluß eines Sicherheitsvertrages gemacht worden sei.

Londoner Regierungskreise hoffen, daß Deutschland die Bedingungen der französischen Note annimmt und in Bälde Vertreter nach London schickt. Sie sollen mit britischen und französischen Staatslenkern den Abschluß eines Abkommens besprechen, welches einen abermaligen Krieg unmöglich macht. Nach Berichten aus Berlin stimmt Deutschland den französischen Hinweisen in der Note zu, daß die Zeit für schriftlichen Meinungsaustausch vorüber ist und daß mündliche Besprechungen zur Lösung von Streitfragen vorzuziehen sind.

Möglicherweise beginnen schon in einer Woche Besprechungen zwischen deutschen, britischen, französischen und belgischen Vertretern. Sie sollen den Weg ebnen für eine Zusammenkunft von Auslandministern, um die langbesprochene Frage zu lösen. In ihrer Note an Deutschland bestehen die Alliierten durch Frankreich darauf, daß der Vertrag von Versailles nicht geändert werden darf und daß Deutschland ohne Vorbehalte dem Völkerbund beitritt.

Dr. Friedrich Gauß, der an der Spitze der Juristen im auswärtigen Amt steht, wird der deutsche Vertreter in der Konferenz von juristischen Fachleuten, welche die Sicherheitsfrage in London erwägen. Er ist seit langen Jahren im Dienst und hatte großen Einfluß beim Entwurf wichtiger diplomatischer Akten der Regierung. Die Antwort der deutschen Regierung auf die französische Note wurde am 26. August nach Paris gesandt. Sie bestätigt lediglich den Empfang der Note und heißt den Vorschlag für mündliche Besprechungen willkommen.

Verbrüderung mit Nichtkatholiken.

Einen ausgezeichneten Artikel über dieses sehr zeitgemäße Thema bringt der Hochw. P. Markert, S. V. D., im „Amerikanischen Familienblatt". Er schreibt:

„So kräftig und energisch wir sein können, unsere Geschäftsentwicklung und technischen Fortschritt voranzutreiben, so kraftlos scheinen wir als Ganzes zu sein, wenn es sich darum handelt, einzelnen Strömungen, die ins geistige Gebiet hineinschlagen, sich entgegenzustemmen. Das Bestreben, den konfessionellen Frieden zu pflegen, ist ohne Zweifel lobenswert, soweit es als Grundsatz betrachtet wird, den Frieden zu erhalten. Die Frage ist nur, zahlen manche nicht einen zu hohen Preis für den Frieden, der oft nicht einmal ein wirklicher Friede ist, sondern bloß ein Scheinfriede? Anläßlich der Weltausstellung 1893 tagte in Chicago der Weltkongreß für Religion. Kardinal Gibbons, immer in der vordersten Reihe, wo es galt, den religiösen Frieden zu erhalten und zu fördern, nahm daran in hervorragender Weise teil und zog sich das Mißfallen Roms zu. In Rom fürchtete man, und mit Recht, daß wir nichts dabei zu gewinnen, sondern nur zu verlieren hätten, denn ohne eine gewisse Preisgabe von manchem, was wir festhalten müssen, geht es bei solchen Kompromißverhandlungen niemals ab. Es ist schade, daß unser geschichtlicher Sinn hierzulande so gering entwickelt ist, daß wir die Geschichte viel zu wenig als Lehrmeisterin in Anspruch nehmen und von ihr lernen. Gewiß würden manche unserer heutigen Bestrebungen nicht unternommen werden oder doch mit einer anderen Geistesverfassung, als sie es tatsächlich sind. Zum Beispiel haben wir vor einigen Monaten es erlebt, daß das sogenannte „Hamilton Jefferson Movement" sein Dasein beenden mußte. Es war dies eine Bewegung, die von einigen Columbusrittern eingeleitet worden war, um ein engeres Bündnis von Katholiken und Freimaurern herbeizuführen. Statt sich die grundsätzliche Verurteilung der Freimaurerei als einer der Kirche und positiven Religion feindlichen Macht seitens der Kirche vorzuhalten, wollten sie klüger sein und begann, was unmöglich von katholischen Oberhirten stillschweigend geduldet werden konnte. Das Fiasko ist nun um so größer, als man der anderen Seite eine willkommene Gelegenheit gegeben hat, sich über die angebliche Engherzigkeit der katholischen Hierarchie lustig zu machen. Kardinal O'Connells Ideen darüber sind eben so klar wie scharf. In seinem Organ „The Pilot" von Boston findet sich das folgende inbezug auf diese und ähnliche Bestrebungen: „Katholizismus und Freimaurerei sind sich entgegengesetzte Pole... Was gilt inbezug auf Katholiken, die mit Freimaurerei Verbrüderungsversuche machen? Es ist nichts anderes, als ein ganz schändliches Preisgeben von ewigen und wesentlichen Grundsätzen .... Es ist immer der schwache, hin und herschwankende Katholik, der doch ja „tolerant" und „weitherzig" erscheinen möchte und „als so ganz verschieden von anderen Katholiken, die ich getroffen habe", bezeichnet sein will. Solches Sichverbrüdern sollte aufhören, es ist unmännlich, es ist Verrat an dem kostbaren Christentum, das unser Erbe ist. Es macht doch auf niemand Eindruck." Wie recht der Kardinal hat, geht aus einem Artikel hervor, den das freimaurerische Blatt „The Montana Freemason" veröffentlicht. Dieses Blatt sagt darin mit allem Fremmt:

„Kardinal O'Connell hat recht. Freimaurerei ist ein Pol und die katholische Kirche der andere. Die beiden können sich niemals treffen, niemals sich vereinigen, niemals übereinstimmen ... Diejenigen Freimaurer, die sich für das Hamilton Jefferson Movement hergeben, wissen wenig von der Geschichte ihres Ordens oder der der katholischen Kirche. Sie sind einfach Esel ohne Logik ..." Man sollte denken, derlei Resultate sollten ein für allemal ernüchternd auf unserer Seite wirken. Aber die Zeit scheint noch nicht gekommen zu sein. Man hat jetzt eine neue Art: Verständigungs-Predigten und Vorträge in Kirchen, gewöhnlich in der Weise arrangiert, daß ein Minister einen katholischen Priester, einen jüdischen Rabbi und den einen oder anderen Minister der verschiedensten protestantischen Sekten einladet, in seiner Kirche entweder bei derselben Gelegenheit oder an verschiedenen Tagen zu predigen. Diese „Verständigungsunternehmungen" sind aber nicht auf Kirchen und jüdische Tempel beschränkt. Im „Kompaß", dem Organ der Columbusritter für Cincinnati, vom 12. März, finde ich eine Notiz, daß die Ritter in Dayton, O., bei einer ihrer Feiern einen jüdischen Rabbiner, einen methodistischen und einen presbyterianischen Prediger hatten. Das Blatt ergeht sich in Lobeshymnen, wie schön so etwas sei. Der „Catholic Citizen" berichtet etwas ganz Aehnliches aus Milwaukee. Alles gut und schön soweit. Wenn aber einmal das Fazit von all solchen Verständigungsversammlungen nun gezogen wird, was kommt dabei heraus? Eine klipp und klare Darlegung katholischer Grundsätze und Glaubenssätze wird in den wenigsten Fällen angänglich sein. Man zeigt sich im besten Falle als ein höflicher Mann und vermeidet alles, „was uns trennt". Man ergeht sich in allgemeinen Phrasen von Bruderlichkeit und betont einseitig bloß, das, was wir eventuell gemeinsam haben. Die natürliche Folge ist bei den meisten Zuhörern, Katholiken wie Nichtkatholiken, die Idee, daß doch nicht soviel Unterschied ist, ob ich das hier oder jenes in religiösen Dingen. Früher hielt man es für durchaus notwendig, um ein Geschlecht mit solidem Glauben heranzuziehen, daß man ihr die „Unterscheidungslehren" beibrachte. Nicht, um die Menschen voneinander abzubringen, eine Kluft zwischen denselben Bürgern zu errichten, sondern um den einzelnen in dem, von dem es heißt, daß es das „eine Notwendige" sei, fest zu begründen. Heute geht man in diesen Kreisen den entgegengesetzten Weg, man betont über Gebühr das, was wir gemeinsam haben. Daß man dadurch z. B. Neigungen unserer Zeit zu gemischten Ehen verarbeitet, sollte für jeden Einsichtigen klar sein. Man muß selbst einmal bei einer solchen Verbrüderung dabei gewesen sein, um das ganze Gefährliche daran einschätzen zu können, wie auch den geringen Nutzen, der daraus entspringt, eben deshalb, weil keine klipp und klare Sprache dabei geredet wird. Vor anderthalb Jahren war der Schreiber bei einer größeren katholischen Veranstaltung gegenwärtig. Für Mittag war ein gemeinsamer Luncheon für die Priester angesetzt. Als wir Priester in den betreffenden Speisesaal traten, sahen wir eine Anzahl fremder Gesichter, die uns als Laien erschienen. Bald darauf erfuhren wir, daß wir eine Reihe Geistlicher der verschiedenen Denominationen (Glaubensbekenntnisse), teilweise solche in führender Stellung, bei uns hatten. Wie gewöhnlich bei solchen Luncheons wurden eine Anzahl Reden gehalten. Der erste Redner, ein Field Inspektor für die Landgemeinden seiner Denomination, hielt seine Rede, die uns sogleich das Gefühl brachte, als saßen wir auf heißen Kohlen. Er führte unter anderem aus, daß in vielen kleinen Gemeinden mehrere Kirchen der verschiedensten Denominationen seien. Weder die Kirchen noch die Geistlichen könnten ihr Dasein fristen wegen der geringen Anzahl der Gläubigen des betreffenden Glaubensbekenntnisses. Infolgedessen die Gefahr, daß viele keine geistliche Versorgung erhalten könnten und dadurch dem Glauben entfremdet würden. Dagegen hatte er ein radikales Heilmittel: Warum nicht alle Kirchen auflösen und eine gemeinsame Kirche für alle bauen? Im Kriege meinte der gute Herr, sei dies praktisch ausprobiert worden, es habe sich freilich bewährt, daß, um sechs Uhr früh der katholische Feldgeistliche seine Messe gehabt habe, um acht Uhr der Episkopalian Minister, um zehn Uhr der jüdische Rabbi. Alles in derselben Y. M. C. A. Halle, alles in schönster Ordnung und zum Besten gegenseitigen Verständnisses und Friedens. Also das Radikalmittel für unsere Verhältnisse: Community Churches. In ähnlicher Weise äußerten sich die anderen Herren, alle taktvoll genug, um niemand gemütlich zu verletzen. Und doch, welcher katholische Priester konnte hierzu zustimmend sich äußern, ohne ein Verräter an seiner Ueberzeugung zu werden? Wir waren gespannt, wie die Herren, die für die Einladung verantwortlich waren, sich aus der Klemme ziehen würden. Ein Bischof, der neben zwei Monsignori an derselben Tafel mit den Herren Superintendenten saß, fühlte sich offenbar unter diesen Umständen nicht zum Reden. Er stand als Hauptredner auf dem Programm, schwieg aber klugerweise ganz Dafür hielt einem sehr bekannten und als Sprecher immer gewandten Monsignore die Aufgabe zu, sich und die anderen und „good grace" aus der Klemme zu befreien. Das tat er denn auch ganz meisterhaft. In der launigen Rede mußte er so viel Schaum zu schlagen, daß schließlich alle, wenn man den Vergleich gebrauchen darf, so eingeseift waren, daß sie gar nicht mehr merkten, worum es sich eigentlich handelte bei der Entgegnung auf ihre Reden. So war der „Tag gerettet", aber gewonnen hat weder unsere Sache noch die der anderen Seite. Dieser Verbrüderungslunch und diese Reden dabei dürften typisch sein für alle Gelegenheiten dieser Art. Wir sind zuviel Handelsvolk. Unser Leben ist so durchtränkt von „Geschäft", daß schließlich auch unsere ganzen Gedankengänge davon beeinflußt werden und wir nicht so sehr auf den inneren und tieferen Wert unserer

(Fortsetzung auf Seite 1.)